



Nr. 6

18. Februar 2016

## Inhalt

[Einkommensrunde öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen 2016](#)

[dbb: Beschäftigte fordern fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg+++](#)

[Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf: Verbesserungen für Bundesbeamte+++](#)

[Personalratswahlen - Appell von dbb und dbb jugend: Vom Wahlrecht Gebrauch machen!+++](#)

[1. Änderungstarifvertrag: Entgeltordnung für Lehrkräfte weiter verbessert+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Haushaltsplus: dbb m-v bekräftigt Personalforderung+++](#)

[Umsetzung des Teilzeit-TV Sachsen-Anhalt: Ausbildung und Übernahme 2016+++](#)

[Schwitzer: SPD-Forderung nach Personalaufstockung richtiger Schritt+++](#)

[DSTG: Bargeld-Obergrenze kaum wirksam im Kampf gegen Schwarzgeld +++](#)

[DPoIG will Tempo-30-Zonen auch in Wohngebieten+++](#)

[Zollgewerkschaft warnt vor Angriff auf den Mindestlohn+++](#)

[Nach Zugunglück: GDL lehnt Änderungen an](#)

[Sicherheitsvorschriften der Bahn ab+++](#)

[DBSH gegen Diskriminierung der sozialen Arbeit+++](#)

[VBE fordert Finanzierungskonzept für Inklusion+++](#)

[VDR hält mehr gezielte Förderung lernschwacher Schüler für nötig+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **Einkommensrunde öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen 2016 dbb: Beschäftigte fordern fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg**

**(dbb) „Unsere Forderungen sind konsequent. Sowohl hinsichtlich der Erwartungen der Beschäftigten, als auch insbesondere mit Blick auf eine zukunftstaugliche Personalpolitik.“ Willi Russ, Zweiter Vorsitzender des dbb, ließ am 18. Februar 2016 in Berlin keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit aufkommen: Als dbb Verhandlungsführer will er in der anstehenden Tarifrunde mit Bund und Kommunen signifikant höhere Einkommen für die Beschäftigten durchsetzen.**

Russ weiter: „Die Flüchtlingssituation hat allen gezeigt, wie wichtig ein motivierter, funktionsfähiger und personell angemessen ausgestatteter öffentlicher Dienst ist. Dafür gibt es aber jede Menge Handlungsbedarf, bei der generellen Bezahlung genauso wie bei der Übernahmezusage für die Auszubildenden. Wenn wir die Arbeitsbedingungen insgesamt, vor allem aber für Berufseinsteiger, nicht spürbar verbessern - indem wir zum Beispiel die Befristung stark zurückfahren -, werden wir unseren Personalbedarf bald nicht mehr decken können. Ergebnis wären weitere Leistungseinschränkungen des Staates. Wir brauchen aber mehr Staat, nicht weniger.“

Die Staatseinnahmen seien generell stabil, auch wenn man sich der zum Teil schwierigen Haushaltslage einiger Kommunen bewusst sei. Russ: „Die Wirtschaft boomt und die Staatskassen sind so gut gefüllt wie lange nicht. Auch das hat viel mit der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu tun. Die Kolleginnen und Kollegen fordern jetzt ihren fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg ein – das ist nur recht und billig und gilt für Arbeitnehmer

und Beamte gleichermaßen. Deshalb fordern wir natürlich die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf die Beamten und Versorgungsempfänger.“

Außerdem stünden in Potsdam wichtige strukturelle Fragen zur Klärung an. Russ: „Wir erwarten, dass die Entgeltordnung für den kommunalen Bereich endlich unter Dach und Fach gebracht wird.“

Die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften: Lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent; Erhöhung der Auszubildendenentgelte um 100 Euro monatlich; Angleichung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage und unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden; Tariflicher Ausschluss sachgrundloser Befristungen sowie die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte; Die Laufzeit des Tarifvertrags soll 12 Monate betragen.

Mehr Informationen unter [www.dbb.de/einkommensrunde2016](http://www.dbb.de/einkommensrunde2016).  
(01/06/16)

## **Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf: Verbesserungen für Bundesbeamte**

**(dbb) Bundesbeamte sollen Familie, Pflege und Beruf künftig besser vereinbaren können. Das geht aus einem Gesetzentwurf des Bundesministeriums des Innern hervor, zu dem der dbb bei einem Beteiligungsgespräch am 15. Februar 2016 in Berlin Stellung genommen hat. Die Bundesregierung will damit das für die Privatwirtschaft und Tarifbeschäftigte bereits seit 1. Januar 2015 geltende Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf auf Bundesbeamte übertragen.**

Dienstherren sollen künftig Schmerzensgeldansprüche von Kolleginnen und Kollegen übernehmen, die im Dienst tätlich angegriffen wurden und deren Forderungen sich nicht gegenüber den Schädigern durchsetzen lassen. „Es gibt hier zwar noch Konkretisierungsbedarf“, erklärte der der dbb Fachvorstand Beamtenpo-

litik Hans-Ulrich Benra. „Dennoch unterstreicht die Neuregelung die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Das ist wichtiges Signal für Kolleginnen und Kollegen insbesondere im Vollzugsdienst bei Polizei und Justiz, die immer häufiger Opfer von Angriffen werden. Die Betroffenen werden nicht länger allein gelassen.“

Neben der rechtlichen Gleichsetzung von Tarifbeschäftigten und Bundesbeamten begrüßte Benra den damit einhergehenden Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit und Pflegezeit: „Die Betroffenen erhalten während dieser Zeit Anspruch auf einen Vorschuss, um die während der Freistellung anfallenden Einkommensverluste zunächst auszugleichen“, so Benra.

Weitere Regelungen der Gesetzesnovelle betreffen unter anderem eine Konkretisierung der gesetzlichen Beihilferegulungen und den Nachvollzug von Konsequenzen, die sich aus höchstrichterlichen Urteilen oder aus EU-Recht ergeben. Der Entwurf soll im März vom Bundeskabinett beschlossen werden.  
(02/06/16)

## Personalratswahlen - Appell von dbb und dbb jugend: Vom Wahlrecht Gebrauch machen!

**(dbb) In diesem Jahr finden im Geltungsbereich des Bundespersonalvertretungsgesetzes sowie in den Bundesländern Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen die turnusmäßigen Personalratswahlen statt, auf Bundesebene und in den meisten Bundesländern in der Zeit vom 1. März bis zum 30. Mai. Dazu stellt der dbb auf einer Sonderseite im Internet seinen Gewerkschaften und deren Mitgliedern nützliche Informationen rund um die Personalratswahlen 2016 zur Verfügung:**

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt und die Vorsitzende der dbb jugend Sandra Kothe forderten in einem gemeinsamen Aufruf dazu auf, die Kandidatinnen und Kandidaten der dbb Gewerkschaften zu wählen. „2016 ist ein ‚Superwahljahr‘: Beim Bund, in den Jobcentern sowie in den Ländern Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen werden neue Personalräte und überwiegend auch neue Jugend- und Auszubildendenvertretungen gewählt. Damit ist ein Großteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zur Wahl aufgerufen. Auch deshalb kommt den Personalratswahlen 2016 eine herausragende Bedeutung zu“, heißt es in dem Wahlaufauf.

An die Kolleginnen und Kollegen gewandt erklären Dauderstädt und Kothe: „Sie stellen mit Ihrem Einsatz die Handlungsfähigkeit unseres Staates sicher. Dies beweisen Sie gerade auch in diesen Monaten, in denen die Vielzahl der zu uns kommenden Menschen den Staat und seine Verwaltung vor enorme Herausforderungen stellt. Dabei werden die Grenzen Ihrer Belastbarkeit erreicht, ja nicht selten sogar überschritten. Qualitativ hochwertige Arbeit kann auf Dauer aber nur geleistet werden, wenn die Arbeitsbedingungen stimmen.“

Deshalb setze sich der dbb ein für eine den Aufgaben angemessene Personalausstattung und engagierte Nachwuchsgewinnung, die Anpassung der Einkommensentwicklung an die

positive Konjunktur, den Abbau von Mehrarbeit und Überstunden, flexible Arbeitszeitregelungen, einen effektiven Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege, lebenslange Qualifizierung und Fortbildung. Zudem müssten die Mitbestimmung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen und von Personalräten ausgebaut sowie Azubis, Anwärterinnen und Anwärter unbefristet übernommen werden.

„Personalräte sind Ihre Ansprechpartner und Ihr Sprachrohr. Sie bündeln und vertreten Ihre Interessen gegenüber dem Dienstherrn und Arbeitgeber und stehen Ihnen in Ihrem dienstlichen Alltag kompetent mit Rat und Tat zur Seite“, erklären Dauderstädt und Kothe. „Ohne die Mitgestaltung der Personalräte ist eine erfolgreiche Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen nicht denkbar. Es gilt, für die nächsten Jahre die Weichen für die Gestaltung der Rahmenbedingungen in den Dienststellen und damit für jeden einzelnen Beschäftigten vor Ort richtig zu stellen. Jugendliche und Auszubildende brauchen eine engagierte Stimme, die sich für ihre Interessen stark macht. Von der Qualität der Ausbildung bis zur Übernahme nach der Ausbildung kann eine Jugend- und Auszubildendenvertretung gemeinsam mit dem Personalrat Verbesserungen durchsetzen und Missstände abschaffen. Die Personalratsmitglieder und Jugend- und Auszubildendenvertreter der dbb Mitgliedsge-

werkschaften haben bewiesen, dass sie große Qualitäten besitzen. Sie werden zudem von ihren Fachgewerkschaften und vom dbb als Dachverband unterstützt. Sie verfügen damit neben den aktuellen Fachkenntnissen auch über ein fundiertes Hintergrundwissen. Sie sind mit den Verhältnissen der jeweiligen Dienststelle auf das Beste vertraut. Diese Nähe ist unsere Stärke. Entscheiden Sie mit, wer als

Personalratsmitglied in den nächsten Jahren auch Ihre Interessen gegenüber dem Arbeitgeber vertritt. Entscheiden Sie sich für eine sachliche und sachverständige Personalratsarbeit. Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der dbb Gewerkschaften", so der Appell von Dauderstädt und Kothe.  
(03/06/16)

## 1. Änderungstarifvertrag: Entgeltordnung für Lehrkräfte weiter verbessert

**(dbb) Der dbb und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben sich Mitte Februar 2016 auf eine Verbesserung der Entgeltordnung für Lehrkräfte verständigt. So wurden beispielsweise die Fristenregelungen für Höhergruppierungen und eine Entgeltgruppenzulage vereinfacht, damit noch mehr Lehrkräfte davon profitieren können. Der dbb rät daher allen Lehrerinnen und Lehrern, zeitnah ihre individuellen Ansprüche zu prüfen. Ferner kam es zu der vom dbb dringend geforderten Korrektur bei der Eingruppierung sozialpädagogischer Mitarbeiter an Grund- und Förderschulen in Nordrhein-Westfalen.**

Der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ, sagte zu der Neuregelung: „Mit diesem 1. Änderungstarifvertrag zeigen wir deutlich, dass die Entgeltordnung für Lehrkräfte ein dynamisches Werk ist. Wir haben notwendige Veränderungen und Verbesserungen mit der TdL ausverhandelt und werden im nächsten Jahr, zur Einkommensrunde 2017, weitere Verbesserungen einfordern. Dieser Weg ist gut für die Lehrerinnen und Lehrer, er ist ordnungspolitisch alternativlos und er ist unumkehrbar.“

Die Details der Änderung sind dem aktuellen Flugblatt ([www.dbb.de](http://www.dbb.de)) zu entnehmen.

Hintergrund:

Seit dem 1. August 2015 ist die erste Entgeltordnung für Lehrkräfte in Kraft. Sie ersetzt die bis dahin gültigen Arbeitgeberrichtlinien, auf deren Gestaltung die Gewerkschaften keinen Einfluss hatten. Während der letzten Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat sich der dbb dafür entschieden, die Eingruppierung der Lehrkräfte nicht mehr den Arbeitgebern allein zu überlassen. Der dbb ist sich mit der TdL einig, dass das neue Tarifwerk gerade in der Anfangsphase einer ständigen Qualitätskontrolle zu unterziehen ist. Der jetzt vereinbarte erste Änderungstarifvertrag ist das Resultat eines regelmäßigen Austauschs zwischen Arbeitgebern und dbb.  
(04/06/16)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

### Haushaltsplus: dbb m-v bekräftigt Personalforderung

**(dbb) Angesichts des am 16. Februar 2016 von Finanzministerin Heike Polzin, Ministerpräsident Erwin Sellering und CDU-Fraktionschef Vincent Kokert verkündeten Plus' im Landeshaushalt in Höhe von 220,50 Millionen Euro sieht sich der dbb mecklenburg-vorpommern in seiner Forderung nach mehr Personal bestätigt.**

„56,2 Millionen Euro nicht verbrauchtes Personalbudget im Jahr 2015 ist ein Indiz für Personalplanung am Limit. Damit muss endlich Schluss sein“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht in Schwerin. „Summiert man darüber hinaus die Mittel seit 2003, kommt

man auf die enorme Summe von 377,7 Millionen Euro.“

Seit zehn Jahren ist das Land in der Lage, ohne Nettokreditaufnahme auszukommen und tilgt darüber hinaus kontinuierlich Schulden.

Bis auf eine Ausnahme sind seit dieser Zeit alle Haushaltsabschlüsse positiv gewesen. Das Plus erreichte in der letzten Dekade fast 2,5 Milliarden Euro.

Knecht: „Damit hat jeder Landesbedienstete - egal ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet- seinen Beitrag zur positiven Finanzlage des Landes geleistet.“ Selbst Ministerpräsident hatte auf der Landespressekonferenz ausdrücklich die Leistungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gewürdigt und ihren Anteil am positiven Haushaltsabschluss unterstrichen. Ungeachtet dessen werde bis auf wenige Ausnahmen weiter per „Gießkanne“ Personal ab-

gebaut, Aufgaben werden verdichtet, zeit- und inhaltsgleiche Besoldungsanpassungen verwehrt und die Kolleginnen und Kollegen damit an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht, so Knecht. „Die Zeit ist mehr als reif für sinnvolle Personalinvestitionen, beispielsweise weiterhin bei der Polizei, der Justiz, im öffentlichen Gesundheitsdienst, aber auch in der Einnahmeverwaltung des Landes, den Finanzämtern. Und es muss schnell gehen, denn der Arbeitsmarkt wird bald leergefegt sein und gutes Personal kann man sich nicht backen“, unterstrich der dbb Landesvorsitzende. (05/06/16)

## Umsetzung des Teilzeit-TV Sachsen-Anhalt: Ausbildung und Übernahme 2016

**(dbb) Der dbb sachsen-anhalt hat sich am 15. Februar 2016 mit dem Land Sachsen-Anhalt über die Umsetzung des mittlerweile 5. Maßnahmenpakets zur Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten und zur Übernahme von eigenen Ausgebildeten in den Landesdienst geeinigt.**

Grundlage hierfür ist der Teilzeit-Tarifvertrag mit der Landesregierung aus dem Jahr 2012. Nach intensiver Diskussion konnte auch für das Jahr 2016 Einvernehmen darüber erzielt werden, welche konkreten Maßnahmen insbesondere zur erforderlichen Verjüngung des Personalkörpers in der sachsen-anhaltischen Landesverwaltung beitragen sollen.

Nachdem sich die Landesregierung ab 2009 als Ausbildungsgeber für künftige Beschäftigte im vergleichsweise mittleren Dienst praktisch vom Ausbildungsmarkt verabschiedet hatte, herrscht in weiten Teilen der Landesverwaltung aktuell erheblicher Mangel an Ausgebildeten in den klassischen Berufen des öffentlichen Dienstes. Vor diesem Hintergrund verpflichtet der bereits im Jahr 2012 vereinbarte Teilzeit-Tarifvertrag das Land, dass mittlerweile 20 Prozent der durch individuelle Teilzeitvereinba-

rungen eingesparten Personalkosten in den Nachwuchsbereich reinvestiert werden müssen. Die geschieht sowohl durch zusätzliche Ausbildungsangebote und eine auf zwei Jahre befristete Übernahme als auch durch weitere Demografie-Projekte.

Das nunmehr mit dem Land vereinbarte Maßnahmenpaket Nr. 5 ermöglicht 35 zusätzliche Ausbildungsplätze in den Geschäftsbereichen der Ministerien für Inneres, der Finanzen, für Landwirtschaft und Umwelt sowie für Landesentwicklung und Verkehr. Darüber hinaus erhalten sieben Ausgebildete ein Angebot auf befristete Übernahme in den Landesdienst für mindestens zwei Jahre. Dies umfasst ausgebildete Geomatiker, Straßenwärter, medizinische Fachangestellte sowie Laboranten. (06/06/16)

## Schwitzer: SPD-Forderung nach Personalaufstockung richtiger Schritt

**(dbb) Als „Schritt in die richtige Richtung“ hat die schleswig-holsteinische dbb-Landesbundvorsitzende Anke Schwitzer den Vorstoß der Landes-SPD bezeichnet, sich für mehr Personal in Schulen, bei Polizei und Justiz einzusetzen.**

Mit Blick auf den Flüchtlingszustrom hätten die Sozialdemokraten die Zeichen der Zeit endlich erkannt, sagte Schwitzer am 11. Februar 2016 zu der Kehrtwende der SPD: „Unsere Forde-

rung nach einer an den Aufgaben orientierten Personalausstattung steht schon viel länger im Raum, bezieht sich allerdings auch auf deutlich mehr Bereiche.“ Gebraucht werde aber „nicht

nur mehr Masse, sondern auch mehr Klasse, ein breiteres Kompetenzspektrum: Es kommt eben auch eine riesige Integrationsarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen auf uns zu. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Aufgaben müssen bewältigt werden.“

Bereits im Oktober 2015 hatte Schwitzer den von der Landesregierung eingeschlagenen

Personalabbaupfad als „nicht mehr in die Zeit passend“ kritisiert. Sparen um jeden Preis sei ein gefährlicher Weg. Gebraucht würden Investitionen in die Zukunft des Landes. „Und dazu gehört eben auch mehr Personal“, so Schwitzer.  
(07/06/16)

## VBOB unterzeichnet „Charta der Vielfalt“

**(dbb) Der Bundesvorstand des VBOB (Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden) hat in seiner Sitzung am 16. Februar 2016 die Charta der Vielfalt unterzeichnet.**

Die Initiative will die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Arbeitskultur in Deutschland voranbringen. Organisationen sollen ein Umfeld schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

„Mit unserem Motto ´JUNG und ALT – VIELFALT als CHANCE.JETZT!´ auf dem Bundesvertretertag 2014 haben wir uns mit Schwerpunkt auf die Altersstruktur und den demografischen Wandel ein genau solches Programm auf die Fahnen geschrieben“, so der VBOB – Bundesvorsitzende Hartwig Schmitt-Königsberg. Die Leiterin der Geschäftsstelle der Charta der Vielfalt, Aletta Gräfin von

Hardenberg, nahm an der Sitzung des VBOB-Bundesvorstands teil und zeigte sich sehr erfreut über den Zuwachs in der Charta-Familie.

Die Charta war im Dezember 2006 von Daimler, der BP Europa SE (ehemals Deutsche BP), der Deutschen Bank und der Deutschen Telekom ins Leben gerufen worden. Mehr als 2.250 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen haben sie bereits unterzeichnet, es kommen immer neue Unterzeichner hinzu. Die Initiative mit dem Ziel der Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen steht unter Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin; die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoğuz, unterstützt die Charta.  
(08/06/16)

## DSTG: Bargeld-Obergrenze kaum wirksam im Kampf gegen Schwarzgeld

**(dbb) Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler hält die diskutierte Bargeld-Obergrenze von 5.000 Euro für „wenig wirksam“ im Kampf gegen Schwarzgeld.**

Der 500-Euro-Schein erleichtere den Transfer und die Ausfuhr von Schwarzgeld, weil der Schein wenig Platz wegnimmt; er sollte abgeschafft werden, sagte Eigenthaler der Zeitung „neues deutschland“ (Ausgabe vom 15. Februar 2016). „Doch ob eine Bargeldobergrenze bei Bezahlungen von 5.000 Euro eine Wirkung hätte, wie es das Bundesfinanzministerium überlegt, ist fraglich. Außerdem hat das Ministerium von Wolfgang Schäuble noch ganz andere Baustellen.“ So trete das Ministerium bei

der Einführung einer Registrierkassenpflicht, mit der Bargeldumsätze von Unternehmen automatisch erfasst werden könnten, auf die Bremse. „Zudem können Barkassen weiterhin manipuliert werden. Es gibt eine eigene Software, die Bareingänge hinterher manipuliert. Das Wirtschaftsministerium hat dagegen eine Software entwickelt, die man in die Kassen einbauen könnte. Doch weder das Wirtschafts- noch das Finanzministerium fühlen sich für ihre Einführung zuständig. Stattdessen wälzen sie

die Verantwortung auf Europa ab", kritisierte Eigenthaler.

Durch Obergrenzen bei Barzahlungen werde das Bargeld ja nicht abgeschafft, so Eigenthaler weiter. „Und deswegen wird es auch

Schwarzgeldzahlungen weiter geben. Die Bargeld-Obergrenzen wird man vermutlich auch leicht umgehen können.“  
(09/06/16)

## **DPoIG will Tempo-30-Zonen auch in Wohngebieten**

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat Pläne aus dem Bundesverkehrsministerium begrüßt, wonach es zukünftig für die Länder leichter sein soll, Tempo-30-Zonen vor Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern oder Altenheimen einzurichten. Bislang mussten Länder und Kommunen vor einer solchen Maßnahme nachweisen, dass es sich um einen Unfallbrennpunkt handelt.**

Dazu sagte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 17. Februar 2016: „An besonders sensiblen Orten wie Kindergärten, Schulen oder Altenheimen sollte sichergestellt sein, dass Kraftfahrzeugfahrer in jedem Fall mit mäßiger Geschwindigkeit unterwegs sind. Tempo-30-Zonen sollten darüber hinaus auch in Wohngebieten zum Standard werden. Denn erwiesenermaßen werden Kinder eher in ihrem engeren Wohnumfeld, also dort wo sie spielen

und sich in der Freizeit aufhalten, Opfer von Verkehrsunfällen als auf den Wegen zu ihrem Kindergarten oder ihrer Schule und zurück.“ So hatte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft festgestellt, dass Verkehrsunfälle auf dem Schulweg nur ein Fünftel der Kinderunfälle der betroffenen Altersgruppe ausmachen.  
(10/06/16)

## **Zollgewerkschaft warnt vor Angriff auf den Mindestlohn**

**(dbb) Die Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ hat vor einem massiven Angriff auf den Mindestlohn gewarnt. Die laut einem Eckpunktepapier des CDU-Vorstandes zur Integrationspolitik geplante Regelung, wonach Flüchtlinge für die Dauer von sechs Monaten vom Mindestlohn ausgenommen werden und insoweit Langzeitarbeitslosen gleichgestellt werden, lehnt die Zollgewerkschaft kategorisch ab.**

Nachdem das Mindestlohngesetz bereits viele Korrekturen erfahren hat, werde jetzt das Mindestlohnprojekt in Gefahr gebracht, kritisierte der BDZ-Bundesvorsitzende Dieter Dewes am 15. Februar 2016 die Pläne. Der vom Zoll kontrollierte Mindestlohn dürfe nicht auf diese Weise verwässert werden, forderte er. Es dränge sich der Eindruck auf, dass die Flüchtlingsdiskussion für die Wirtschaft ein willkommener Anlass sei, weitere Einschränkungen vorzunehmen.

Dewes erinnerte daran, dass der „Mindestlohn für alle“ partei- und fraktionsübergreifend beschlossen worden sei. Zwar sei die arbeitsmarktpolitische Integration von Flüchtlingen in diesem Ausmaß nicht voraussehbar gewesen, so Dewes. Der Gesetzgeber solle sich aber auf den Kern des Mindestlohnprojekts besinnen. Wenn die CDU jetzt dem Druck der Wirtschaft weiche, konterkarriere sie ihre eigenen politischen Vorhaben.  
(11/06/16)

## **Nach Zugunglück: GDL lehnt Änderungen an Sicherheitsvorschriften der Bahn ab**

**(dbb) Nach dem Zugunglück bei Bad Aibling hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize, Claus Weselsky, Änderungen an den Sicherheitsvorschriften der Bahn abgelehnt. „Das wäre der falsche Ansatz. Wir brauchen Ersatz-**

**signale, um beispielsweise bei Störungen den Bahnbetrieb aufrechterhalten zu können“, sagte Weselsky am 17. Februar 2016 dem Sender hr-iNFO.**

Zu untersuchen sei zudem, wie hoch die Arbeitsbelastung des Fahrdienstleiters in Bad Aibling war. „Muss einer allein bei hoher Arbeitsverdichtung immer alles allein entscheiden? Überstundenberge und hohe Belastung können zu Fehlern führen“, argumentierte Weselsky.

Auch Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hatte ein vollautomatisches Sicherheitssystem bei der Bahn abgelehnt. Es sei klar, „dass in der Sicherheitskette auch eine Person am Schluss eine Letztentscheidung

haben muss“, sagte Dobrindt nach einer Sitzung des Bundestags-Verkehrsausschusses am 17. Februar 2016 in Berlin. Nach dem Unglück ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen fahrlässiger Tötung gegen den Fahrdienstleiter. Der 39-Jährige soll einen verspäteten Zug auf die eingleisige Strecke geschickt haben, obwohl er dies nach Überzeugung der Ermittler nicht hätte tun dürfen. Bei dem Frontalzusammenstoß starben elf Menschen, 85 Menschen wurden verletzt.  
(12/06/16)

**DBSH gegen Diskriminierung der sozialen Arbeit**

**(dbb) Eine wachsende Zahl von Hass-Mails mit rechtsextremem Hintergrund geht derzeit beim DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.) ein. Mit Blick auf die Migrations- und Flüchtlingsbewegung hatte der Verband bereits im Juli des vergangenen Jahres auf die Bedeutung der Menschenrechte hingewiesen und in einer Erklärung „Wehret den Anfängen“ auf deren strikte Einhaltung gedrängt.**

Wie der DBSH am 7. Februar 2016 mitteilte, werden in den Mails Sozialpädagoginnen und -pädagogen beispielsweise als „verdammte Hochverräter“ bezeichnet. Für den Fall einer erhofften „Machtübernahme“ wird ihnen eine gewaltsame „Abrechnung“ angedroht.

„Wir erleben aktuell eine gesellschaftliche Veränderung, in der Hetze, Gewaltandrohungen und vollzogene Straftaten an der Tagesordnung sind. Ein politischer Diskurs soll durch ein Klima der Angst unterbunden werden“, erklärte der Verband. „Unsere Antwort ist klar: Wir werden alles uns Mögliche unternehmen, damit die Würde des Menschen auch weiterhin unantastbar bleibt.“ Weder Hass-Mails noch sonstige Agitationsversuche würden die Kolleginnen

und Kollegen von der Erfüllung ihrer Aufgaben abbringen. Die Achtung jedes Menschen stehe an erster Stelle im deutschen Grundgesetz. „Soziale Arbeit kann nur nach dieser obersten Devise handeln und muss sich an ihr messen lassen“, so der DBSH. Alle Mitglieder seien aufgefordert, sich noch stärker zu vernetzen, Widerstand gegen menschenverachtende Akteure zu zeigen, zu organisieren und zu leben. „In dieser schwierigen Zeit kann die Antwort nur sein, solidarisch zusammen zu stehen, das Wort zu erheben und die radikalisierten Akteure in ihre Schranken zu weisen.“ Kolleginnen und Kollegen, die persönlichen Angriffen ausgesetzt seien, bot der DBSH Hilfe und Unterstützung an.  
(13/06/16)

**VBE fordert Finanzierungskonzept für Inklusion**

**(dbb) „Bei dem Thema Inklusion gibt es immer noch massive Baustellen.“ Das hat der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 18. Februar 2016 auf der Bildungsmesse didacta in einer Podiumsdiskussion festgestellt. „Die Schwachstellen, die mit der vom VBE beauftragten forsa-Studie zur `Inklusion an Schulen aus Sicht der Lehrer´ im Mai letzten Jahres aufgezeigt wurden, bestehen genauso weiter. Es muss Schluss sein mit der Beschwichtigungspolitik“, sagte Beckmann.**

Das Problem sei, dass die Schulen überhaupt nicht befähigt werden, inklusiv zu arbeiten. „Es

fehlt an Fachpersonal und materieller Ausstattung. Die Lerngruppen sind zu groß und die



Lehrkräfte werden in ihrer Ausbildung nur mangelhaft auf das inklusive Unterrichten vorbereitet. Diesem Missstand muss entschieden entgegengetreten werden.“ Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) fordere daher Bund, Länder und Kommunen auf, endlich ein tragfähiges Finanzierungskonzept zu erstellen. „Die für Inklusion notwendigen personellen, sächlichen und räumlichen Ressourcen müssen ohne Finanzierungsvorbehalt gesichert werden.“

Zudem müsse auch das Wohl der Lehrkräfte in den Fokus rücken, mahnte Beckmann. Zur Entlastung der Lehrer seien die Doppelbesetzung von einem Lehrer und einem Sonderpädagogen und das Arbeiten in einem multiprofessionellen Team mit der Unterstützung durch Sozialpädagogen, Schulpsychologen und medizinische Assistenten notwendig. Daneben müssen auch die Unterstützungsangebote zur Gesundheitsprävention ausgebaut werden. (14/06/16)

## VDR hält mehr gezielte Förderung lernschwacher Schüler für nötig

**(dbb) „Die Zahl leistungsschwacher Schüler in Deutschland könnte noch geringer sein, wenn an den Schulen die entsprechenden Rahmenbedingungen gegeben wären“, ist sich der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, sicher. Die aktuellen Ergebnisse der PISA-Sonderauswertung zeigten zwar eine Verbesserung seit 2003, dennoch habe immer noch ein zu großer Teil der Jugendlichen erhebliche Defizite bei den Grundkenntnissen in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften, so Böhm am 11. Februar 2016.**

„An den Realschulen und Schulen des mittleren Bildungsgangs in Deutschland laufen bereits umfangreiche Maßnahmen, um lernschwächere Schüler individuell zu fördern und Wissenslücken auszugleichen“, machte Böhm deutlich. In diesem Bereich könnten jedoch noch viel mehr Angebote entstehen, wenn das entsprechende Lehrpersonal zur Verfügung stünde: „Wenn es aus unterschiedlichsten Gründen in

der Schule schlecht läuft, fehlt Kindern und Jugendlichen oft die entsprechende Unterstützung aus dem Elternhaus. Und den Stoff alleine zu vertiefen, überfordert viele. Gäbe es mehr zusätzliche Förderung über den normalen Unterricht hinaus, könnte man viel bewegen“, so Böhm. (15/06/16)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Am 12. Februar 2016 konnten der **dbb**, der für seine Mitgliedsgewerkschaft NahVG verhandelt, und der Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der LVG (Lübeck Travemünder Verkehrsgesellschaft mbH) eine Einigung erzielen. Dieser Einigung waren seit September 2015 zahlreiche Tarifrunden vorausgegangen, in denen intensiv über die Eingruppierungen der Beschäftigten des Fahrdienstes, der Beschäftigten aus dem Bereich Werkstatt und der kaufmännischen Angestellten verhandelt wurde. Die nunmehr erzielte Gesamteinigung, die bis Ende März 2016 unter Gremienvorbehalt steht, beinhaltet - wie vom dbb gefordert - finanzielle Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Beschäftigten aus allen Bereichen. Um das Gesamtergebnis vorzustellen und Fragen zum Tarifabschluss zu beantworten, wird zeitnah

eine Mitgliederversammlung der NahVG in Lübeck stattfinden.

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und christliche Kirchen eint das Thema Steuergerechtigkeit. Das stellte der Bundesvorsitzende der DSTG und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** nach einem Meinungsaustausch fest, zu dem er sich mit Spitzenvertretern der beiden großen christlichen Kirchen, die sich mit Steuerfragen befassen, am 15. Februar 2016 in Berlin getroffen hatte. Eigenthaler stellte unter anderem das Konzept des am 30. September 2015 durchgeführten „Tages der Steuergerechtigkeit – Gemeinsam. Zukunft. Steuern“ vor und informierte darüber, dass am 28. September 2016 erneut ein solcher Aktionstag geplant sei. An diesem „Gerechtigkeitstag“ werde die DSTG als

Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung auf die Unverzichtbarkeit des Berufsstandes in Staat und Gesellschaft aufmerksam machen. Für die Durchsetzung von Steuergerechtigkeit brauche es einerseits vernünftige und verständliche Gesetze sowie die Abschaffung von Steuerschlupflöchern, andererseits bedürfe es eines effizienten und gerechten Steuervollzugs. Hierfür sei ausreichendes und qualifiziertes Personal in der Finanzverwaltung unverzichtbar. Die Gesprächspartner waren sich daher einig: Das Thema Steuergerechtigkeit ist angesichts fortschreitender Digitalisierung und Internationalisierung sowie der Steuerflucht in Briefkasten-Steuerparadiesen drängender denn je.

Der Gesetzentwurf, wonach auch für Bundesbeamte Familie, Pflege und Beruf künftig besser vereinbar sein sollen, ist vom Vorsitzenden des VRB (Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst), **Matthias Stolp**, begrüßt worden. „Die meisten pflegenden Angehörigen brauchen in der Phase, in der sie Familie, Pflege und Beruf vereinbaren müssen, vor allem mehr zeitliche Flexibilität. Die neuen gesetzlichen Regelungen helfen dabei, die jeweilige Pflegesituation individueller zu berücksichtigen und verbessern die gesellschaftliche Akzeptanz der Pflegeleistungen durch Familienangehörige. Eine entsprechende Übertragung aller Regelungen auch auf Beamtinnen und Beamte des Bundes ist daher konsequent“, erklärte Stolp. Der dbb hatte am 15. Februar 2016 zu dem Gesetzentwurf des Bundesministeriums des Innern bei einem Beteiligungsgespräch in Berlin Stellung genommen. Die Bundesregierung will damit das für die Privatwirtschaft und Tarifbeschäftigte bereits seit 1. Januar 2015 geltende Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf auf Bundesbeamte übertragen.

Der „Deutsche Lehrpreis - Unterricht innovativ“, eine gemeinsame Initiative der Vodafone

Stiftung Deutschland und des Deutschen Philologenverbandes (**DPhV**), präsentiert sich auf der diesjährigen „didacta - Die Bildungsmesse“ vom 16. bis 20. Februar 2016 in Köln. So können sich Besucherinnen und Besucher von Europas größter Fachmesse zum Thema Bildung am Messestand des DPhV über den bundesweiten Wettbewerb informieren. Derzeit läuft die Bewerbungsphase für die Wettbewerbsrunde 2016. In der Kategorie „Unterricht innovativ“ haben interessierte Lehrkräfte-Teams noch bis zum 15. April die Möglichkeit, ihre innovativen und fächerübergreifenden Unterrichtsprojekte anzumelden und die nötigen Unterlagen einzureichen. Der Einsendeschluss für die zweite Wettbewerbskategorie „Schüler zeichnen Lehrer aus“, in der Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen 2016 und 2015 besonders engagierte Lehrkräfte für den „Deutschen Lehrpreis“ nominieren können, endet ebenfalls am 15. April. Weitere Informationen: [www.lehrerpreis.de](http://www.lehrerpreis.de)

Um Flüchtlingskinder erfolgreich zu beschulen, sind zunächst verlässliche Daten und mehr Mittel vom Bund notwendig. Diese Auffassung hat der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), **Jürgen Böhm**, am 17. Februar 2016 auf der Bildungsmesse didacta in Köln vertreten. Neben den vielen positiven Entwicklungen der jüngsten Wochen und Monate gebe es auch Fehlentwicklungen, machte Böhm deutlich. So sei es nicht hinnehmbar, dass es nur wenige Ämter und Dienststellen gebe, die sicher wüssten, wie viele Migranten, mit welchem Status, welchen schulischen oder beruflichen Abschlüssen und welchen Bleibeperspektiven sich in ihrem Zuständigkeitsbereich aufhielten. Böhm sprach sich dafür aus, insbesondere bei Jugendlichen schnell zu klären, ob sie dauerhaft in Deutschland bleiben können. Die Migranten selbst seien gefordert, „Angebote zur Integration mit Eifer und Elan aufzugreifen“.

(16/06/16)

### Termin zum Vormerken:

#### **12. Frauenpolitische Fachtagung**

„Digitalisierte Welt: Frauen 4.0 – rund um die Uhr vernetzt?  
Chancen erkennen, Risiken benennen!“

Berlin, 12. April 2016